

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Volkseigenen Leipziger Stadtrats, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Wesenspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.50 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. — **Verlag in Leipzig:**
Tauscher Straße 19/21 — Telefon 72206

Inseratenpreise: Die Wogelpost, Kolonelle 35 Pfg., bei Plakowdrift 40 Pfg. Stellenangebote 10 Pfg., Kolonelle 25 Pfg. Familienanzeigen von Privatpersonen 10 Pfg., Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 M. Inlerate v. ausw.: die 10 Pfg., Kolonelle 40 Pfg. bei Plakowdrift, 50 Pfg., Reklamezettel 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigstellen und alle Postämter entgegen

Zeddo Thälmann kaltgestellt

Das Zentralkomitee enthebt ihn seiner Funktionen

Das Berliner Zentralkomitee der KPD faßte in seiner Sitzung vom 26. September folgenden Beschluß:

Das Zentralkomitee mißbilligt aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen der Partei durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler. Auf seinen eigenen Antrag wird diese Angelegenheit der Exekutive überwiesen, bis zu ihrer Erledigung ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann.

Diesem Beschluß, so schreibt das Zentralkomitee, liegt folgende Tatsache zugrunde:

Genosse Thälmann, dem persönlich kein Vorwurf der Beteiligung an der Unterschlagung Wittorfs gemacht werden kann, hat mit einigen Genossen den Versuch gemacht, die ihm und den übrigen Genossen betraugten Unterstellungen Wittorfs den leitenden Instanzen der Partei vorzuenthalten und unter Umgehung der Instanzen der Partei zu liquidieren. Da eine solche Handlung unvereinbar ist mit der Disziplin der Partei, da die Verletzung der Parteidisziplin durch einen verantwortlichen Parteifunktionär sehr schwer wiegt, kam das Zentralkomitee zu vorstehendem Beschluß.

Das Zentralkomitee kam dem Wunsche des Genossen Thälmann nach, ihm die Gelegenheit zu geben, seinen von ihm anerkannten schweren Fehler vor der Exekutive zu verantworten. Das Urteil der Exekutive wird veröffentlicht werden.

Der Fall Wittorf

In dem Berliner Organ des Lenin-Bundes, dem Volkswillen, wurden kürzlich gegen den Hamburger Bezirkssekretär der KPD Wittorf Beschuldigungen wegen Ausnutzung der Bezirkskasse zu persönlichen Zwecken erhoben. Die kommunistische Hamburger Volkszeitung erklärte dazu, daß es sich erübrige, auch nur mit einem Wort darauf einzugehen. Statt dessen drohte sie den „Provokateuren“ mit soliden proletarischen Dentszetteln.

Wie das Hamburger Echo nunmehr erfährt, hat sich am Sonntag der engere Vorstand des Bezirks Wasserlante der KPD mit den Beschuldigungen gegen Wittorf beschäftigen müssen. Wittorf, Hamburger Vertreter in der Zentrale, Vorsitzender der kommunistischen Bürgerlichkeitsfraktion und Sekretär der Bezirkszeitung, wurde seines Amtes enthoben und aus der Partei ausgeschlossen.

Weitere drei Hamburger Kommunistenführer, der Bürgerlichkeitsabgeordnete Preche, der Sekretär John Scheer, Altona, Mitglied der Zentrale und Stadtverordneter in Altona, sowie ein Parteiarbeiter namens Nieß wurden ihrer Funktionen enthoben.

Es handelt sich bei den vier Ausgeschlossenen um aufrichtige Parteigänger der herrschenden Thälmann-Richtung. Wenn sie trotzdem so Anlaß und Fall hinausgeworfen wurden, so müssen die Gründe dafür außerordentlich schwerwiegend sein. Die Hamburger Volkszeitung hat sich bisher zu diesem Skandal völlig ausgeschwiegen.

Thälmann selbst ist, wie der Volkswille berichtet, durch die Affäre Wittorf auf das schwerste belastet worden. Ueber Thälmann selbst und seine Tätigkeit bei der Erledigung dieser Affäre schreibt das Organ der linken Kommunisten das folgende:

Dieser laubere Patron, heute noch Vorsitzender der von ihm beschmutzten kommunistischen Partei, der das Erbe Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts verlor, hat gegen ehrliche revolutionäre Arbeiter wegen ihrer oppositionellen Einstellung den schmerzlichen Kampf geführt. Seine Anhänger bei dieser Thälmann aufgestachelt, alle linkskommunistischen Veranstaltungen „auseinanderzuwickeln“, Schlagtrüge und Lolschlager stellte der persönliche und politische Feindling in den Dienst der „Bekämpfung“ der Opposition. Seine Kreaturen, die diese Vorgänge gegen uns vornahmen, werden wir uns noch einzeln vorknöpfen. Die oben ausgesprochene Vermutung, daß Thälmann um den Korruptionsfall seiner KPD gewußt, ja hieran teilgenommen hat, trifft ins Schwarze. Wir sind informiert, daß wenige Tage nach der Wahl, und zwar genau am 23. Mai 1928 in der Wohnung des Preche eine Sitzung der Thälmannclique stattfand, die sich mit der Vertuschung der Unterschlagung Wittorfs beschäftigte. Es wurde die Möglichkeit der Deckung besprochen, außerdem wurde jedem Teilnehmer Schweigepflicht abverlangt. Infolgedessen schwiegen sich die intimsten Mitarbeiter Thälmanns in dem wegen der Vorgänge bei Genossen Dehmel eingeleiteten Untersuchungsausschuß aus.

Noch einen Tag vor der entscheidenden KPD-Sitzung, am 21. September 1928, trommelte Thälmann höchstpersönlich seine „Fraktions“-sumpane zu einer Sitzung im Logenheim Moorpark unter der Deckungsadresse „Arbeiter-Bildungsverein“ (wer laßt da?) zusammen. Die Leitung lag in Händen Madalesens. Außer ihm nahmen teil: Thälmann, Wittorf, Preche, Nieß, Scheer, Schild, Andree, v. d. Heit, Stasmer, Dittmann. Das Charakteristische dieser Fraktionsführung der Thälmann-Klone war die allgemeine Unklarheit. Einer traute dem anderen nicht mehr über den Weg. Als Parole wurde herausgegeben: Jeder einzelne sollte sich allein durchschlagen. Noch einen Tag vor der KPD-Entscheidung verurteilte Thälmann, das Belügen der Parteimitgliedschaft fortzusetzen. Er machte sich klar, im JA. das Verbleiben der Beschuldigten in der Partei durchzusetzen, um einen Skandal zu unterbinden. (1)

Durch dies Versprechen glaubte er sich von seinen Spießgesellen absolutes Verschweigen und die Schonung seiner eigenen Person sichern zu können. Jedoch Nieß, durch das Verhör in die Enge getrieben, berichtet 24 Stunden später die ganzen Zusammenhänge und belastete Thälmann auf das schwerste. Was wird geschehen?...

Das Fiasko von Genf

Vier Wochen nach Unterzeichnung des Kellogg-Paktes

Die Völkerbundsversammlung stand im Vorzeichen der Abrüstungskonferenz. Das Abrüstungsproblem wurde durch die Rede des Reichkanzlers Müller in den Vordergrund gerückt, und wegen der Abrüstungsfrage entspann sich die Kontroverse Hermann Müller—Aristide Briand. Nun hat der Völkerbund seine Pforten zugemacht. Graf Bernstorff, der deutsche Sachmann in Abrüstungsfragen, antwortete unmittelbar vor Torchluss den Argumenten Briands und Paul-Boncour. Die Abrüstungskonferenz aber wird kaum einberufen, und damit hat sich der Völkerbund als Instrument des Friedens selbst enthielt.

In der entscheidenden Abstimmung hat sich der deutsche Delegierte der Abstimmung enthalten. Er stand neben dem Grafen Apponi, dem Vertreter Ungarns, allein auf weiter Flur. Selbst die neutralen Staaten haben der Formel der Abrüstungskommission zugestimmt, obwohl sie an der Abrüstungsfrage aufs stärkste interessiert sein müssen. Wenn Deutschland und Ungarn isoliert geblieben sind, wenn sie nicht imstande waren, selbst die abrüstungsberedten Länder mit sich fortzureißen, dann ist das auf die zwiespältige Politik zurückzuführen, die bisher vom Reich in der Abrüstungsfrage verfolgt worden ist. Hermann Müller hat im Auftrage der deutschen Regierung in Genf erklärt, daß Deutschland abgerüstet habe, es sei den Bedingungen des Verfallter Vertrages in jeder Hinsicht gerecht geworden. Normal wird sich gegen die letzte Behauptung nichts Wesentliches einwenden lassen, daß aber Deutschland im wirklichen Sinne des Wortes abgerüstet hätte, dies wird mit gutem Gewissen kein Kenner der Dinge ernsthaft behaupten wollen. Zuletzt geht es den kapitalistischen Parteien gar nicht um die Abrüstung der Republik. Das Ziel der deutschen Völkerbundsstrategen ist dahin gerichtet, ein völliges Fiasko in der Abrüstungsfrage herbeizuführen, damit dann die deutschen Militärs vor das Forum der Weltöffentlichkeit zu treten vermögen, um in moralischer Entrüstung ihre Forderungen aufzustellen, wonach auch Deutschland die Möglichkeit weiterer Rüstung juristisch gesichert werden müsse. Wenn daher Hermann Müller, völlig zu Recht, erklärte, daß die breiten Massen des arbeitenden Volkes das Doppelgesicht der Völkerbundspolitik nicht verstehen könnten, dann zeigt der Ausgang der Genfer Abrüstungsdebatten, daß in den Reihen der Regierungen das Doppelgesicht der deutschen Abrüstungspolitik ebensowenig verstanden wird.

Dem Zusammentritt der Völkerbundsversammlung ist die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes vorausgegangen, und während noch die Tinte unter dem Kriegsschlichtungsvertrag nicht trocken war, wurden die Grundzüge des neuen englisch-französischen Flottenpaktes in der Öffentlichkeit bekannt. Chamberlain hat, vielleicht bewußt, den Schleier des Geheimnisses gelüftet, und seither sind den Enthüllungen jener Tage immer neue Tatsachen zur Seite getreten, ohne die ein Verständnis für die gegenwärtige weltpolitische Situation kaum möglich ist. Die Krashaja Swedba, das zentrale Militärblatt der Sowjetunion, zeigte vor wenigen Tagen auf, daß dem Militär- und Flottenabkommen zwischen England und Frankreich weitere politische Abmachungen zur Seite ständen, durch die die wichtigsten weltpolitischen Fragen in das Licht der englisch-französischen Interessen gerückt worden sind. Nunmehr wird bekannt, daß den bisher enthüllten Vertragsentwürfen noch ein geheimes Abkommen über die englisch-französischen Luftstreitkräfte zur Seite steht. Kein Wunder, wenn alle politischen Kräfte der Welt in Bewegung sind, um aus dieser Neuordnung der Dinge die politischen Konsequenzen herauszufühlen.

Der Kellogg-Pakt war tot, noch bevor er unterzeichnet wurde. Er wurde durch das englisch-französische Abkommen torpediert. In der Abrüstungskommission und in der Menartung des Völkerbundes hat Paul-Boncour dargelegt, daß die Einberufung der Abrüstungskommission zwecklos sei, solange die in dem Flottenabkommen aufgeworfenen englisch-französischen Probleme nicht geklärt worden sind. Insofern hat der Flottenpakt auch die Abrüstungskonferenz torpediert, soweit überhaupt jemals der Gedanke ernsthaft erwogen worden ist, die Konferenz baldigst zusammenzuberufen. Auch die scheinheiligsten Vertreter des Abrüstungsprinzips, soweit sie in dem kapitalistischen Lager aller Länder zu finden sind, haben nicht mehr den Mut, vor den Völkern zu behaupten, daß sie tatsächlich abrüsten wollen. Aber der Flottenpakt zwischen England und Frankreich hat auch die übrigen in Genf behandelten politischen Probleme aufs engste berührt.

Hermann Müller stellte zwei Fragen in den Vordergrund. Erstens die Einberufung der Abrüstungskonferenz, zweitens die Räumung des besetzten Rheingebiets. Genosse Levi hat bereits darauf hingewiesen, daß der Locarnovertrag Deutschland zum mindesten keine juristische Handhabe gibt, um die Räumung der zweiten und dritten Zone zu verlangen. Anders ist es vielleicht mit dem Recht, das sich aus der Fassung des Paragraphen 431 des Versailler Friedensvertrages ergibt,

Der Anleihestandal wächst weiter

Auch Länder und Gemeinden betrogen

SPD Die Untersuchung des Kriegsangeleihestandals hat eine neue sensationelle Enthüllung gebracht. Von dem Anleihebetrug sind auch die Kommunalanleihen betroffen. Der holländische Bankier Horn hat nicht nur 46 Millionen Kriegsangeleihe über die Societä des Mines d'Or in Frankreich angemeldet, sondern auch, in noch größerem Umfange — ähnlichen Betrug mit deutschen Kommunalanleihen begangen.

Horn hat für mehr als hundert Millionen Mark Kommunalanleihen, vor allem Anleihen westdeutscher Städte, angemeldet und zum größten Teil die Ablösungsscheine erhalten.

Der Betrugsstandal erfährt also jetzt auch die deutschen Städte und die Länder. Auch die Städte haben ein Unterscheid zwischen Alt- und Neubaus gemacht. Man befürchtet, daß die internationale Betrüglerbande planmäßig die deutschen Städte und Länder ausgeplündert hat. Es verläutet sogar, daß im Ausland besondere Institute geschaffen wurden, um eine harmlose Anmeldeadresse vorzutauschen. Die Untersuchung wird dadurch erschwert, daß die deutschen Behörden im Ausland nicht durchgreifen können. Die holländische Regierung ist der Auffassung, daß die Betroffenen die Städte gegen Bezahlung erworben haben. Die holländischen Behörden wollen bei der Untersuchung keine Initiative ergreifen.

Das Reichsfinanzministerium hat gegenüber den Andeutungen über ein gewisses Zusammenarbeiten zwischen einzelnen Banken und Privatpersonen mit der Reichsstaatsbankverwaltung sowie mit dem zuständigen Reichskommissar für die Kriegsangeleiheablösung nunmehr eine Erklärung abgegeben, wonach weder von ihm noch von der Reichsstaatsbankverwaltung mit deutschen Banken Verhandlungen stattgefunden haben, um Manipulationen mit von Bankseite aus falsch angemeldeten Kriegsangeleihepaketen durch sogenannte „Bühnengahlungen“ aus der Welt zu schaffen. Wichtig sei, daß

eine ganze Reihe von deutschen Banken

unter anderem auch die Depositenbanken von Großbanken, Ordnungskassen wegen Infortiret oder fälschlich angemeldeter Kriegsangelei-

heide erhalten haben. Nicht zutreffend sei die Behauptung, daß bereits 20 Prozent auf angeblich alte Kriegsangeleihe mehr bezahlt worden seien, als überhaupt alte Kriegsangeleihe vorhanden sei. Die Summe von 20 Milliarden für die Gesamtzahl der alten Kriegsangeleihe sei nur eine ungefähre Schätzung. Der Pressechef des Reichsfinanzministeriums für die besetzten Gebiete Dr. Steiger habe bereits im Januar von seinen Wahrnehmungen seiner vorgesetzten Behörde Bericht erstattet. Auf Grund dieser Aussagen hätten die Boremittlungen begonnen. Gegen irgendwelche Beamte der Reichsstaatsbankverwaltung oder des Reichskommissariats bestünde keinerlei Verdacht.

Durch diese Darstellung ist Regierungsrat Steiger bis zu einem gewissen Grade entlastet. Auf der anderen Seite haben in der Zwischenzeit

neue Verhaftungen

stattgefunden. So ist der frühere Geschäftsführer des Berliner Delphinalastes, Kaufmann Glasek, verhaftet worden. Er gehörte zu dem Kreise des Finanzagenten Schneid, der früher Vächter des Delphinalastes war. Schneid stand mit Bela Groß und Leo Hirsch in enger Verbindung. Glasek soll Schneid, als Hirsch verhaftet wurde, gewarnt haben.

Bis jetzt hat die Untersuchung des Kriegsangeleihestandals ergeben, daß für 20 Milliarden falsche Kriegsangeleihebestimmungen in Deutschland eingegangen sind, von denen rund 5 Milliarden als Mittelteil anerkannt wurden. Die Annahmender dieser 5 Milliarden haben die Ablösungsscheine erhalten.

Die Meldung, daß Cassalioni die Firma Bela Groß finanziert habe, ist im Auftrage Cassalionis von dessen Vertreter Pinno demontiert worden.

Verbindlich erklärt

WVB Halle a. S., 27. September.

Die Arbeitsprüfungs für den westdeutschen Braunkohlebergbau sind jedoch vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärt worden.